

6. Sitzung

am Dienstag, dem 16. Dezember 2003

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	134
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	134

Fragestunde

1. Jubiläumswald in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 27. November 2003	134
--	-----

2. Sondermüllverbrennung in Blumenthal

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Dezember 2003	135
--	-----

3. Ausbau Schwachhauser Heerstraße/Aufweitung Concordia-Tunnel

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Dezember 2003	136
--	-----

4. Finanzierung von Fördermaßnahmen bei „Lese-Rechtschreib-Schwäche“ (LRS)

Anfrage der Abgeordneten Bartels, Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 8. Dezember 2003	138
--	-----

**5. Unterbringung von Asylbewerber- und Flüchtlingsfamilien in der Katten-
turmer Heerstraße**

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 9. Dezember 2003	139
--	-----

6. Krabbelgruppen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Schuster, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 9. Dezember 2003	140
---	-----

7. Rote Welle für Fußgänger

Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Dezember 2003	141
--	-----

Aktuelle Stunde

Die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur und die Vorteile des Outsourcings in der Bildungspolitik

Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen) 142
 Abg. Rohmeyer (CDU) 144
 Abg. Frau Hövelmann (SPD) 146
 Senator Lemke 147
 Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen) 150

Elftes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. November 2003
 (Drucksache 16/46 S) 151

Wahlausschüsse für die Wahl der Schöffen und Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2005, 2006, 2007 und 2008

Mitteilung des Senats vom 18. November 2003
 (Drucksache 16/47 S) 151

Bebauungsplan 1205 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen

- Am Heidbergstift
- Im Ruschdahl
- Zum Rusch (beidseitig)
- Hinterm Halm (beidseitig)
- Bundesautobahn A 270

Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 2003
 (Drucksache 16/49 S) 151

Bebauungsplan 2280

für ein Gebiet in Bremen-Mitte und Bremen-Häfen zwischen Doventor, Stephanwall (einschließlich), Faulenstraße, Vor dem Stephanitor, Stephanibrücke Abfahrt und Zufahrt (einschließlich), Auf der Muggenburg (einschließlich und zum Teil beiderseits), Stephanikirchenweide (zum Teil einschließlich), Hoerneckestraße (zum Teil einschließlich), Europahafen, Konsul-Smidt-Straße (zum Teil beiderseits), Lloydtor (zum Teil einschließlich), Korffsdeich, Gleisanlagen der Hafenbahn und Stephanibrücke Ost Zufahrt (einschließlich)

Mitteilung des Senats vom 9. Dezember 2003
 (Drucksache 16/51 S) 152

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7
vom 9. Dezember 2003**

(Drucksache 16/53 S) 152

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung 152

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Liess, Karl Uwe Oppermann, Frau Stahmann.

Präsident Weber
Vizepräsidentin Dr. Trüpel

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Hannken

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.02 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, die sechste Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat darum gebeten, eine Wahl zur Deputation für Bildung vorzunehmen. Ich schlage vor, diese Wahl am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Erhalt der Bürgerweide als Standort für den Freimarkt
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 9. Dezember 2003
(Drucksache 16/50 S)

II. Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Dezember 2003

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Frau Sabine Akkermann zu ihrem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute!

(Beifall)

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sieben frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Jubiläumswald in Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Kasten-diek und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Bartels** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir fragen den Senat:

Inwieweit ist der Senat bereit, in Bremen ein geeignetes Gelände für die Begründung eines Waldes der Jubiläen bereitzustellen, in dem Bürgerinnen und Bürger bei Geburten, Jubiläen oder weiteren Familienereignissen einen Baum pflanzen lassen können?

Welche Auflagen müssen bei der Begründung eines Jubiläumswaldes von Stiftern und Betreibern beachtet und eingehalten werden?

Welche Voraussetzungen muss der Standort eines solchen Waldes erfüllen, damit eine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern gegeben ist?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

In der Stadtgemeinde Bremen bestehen bereits zum jetzigen Zeitpunkt verschiedene Möglichkeiten, Bäume für besondere Anlässe zu spenden. So ist es grundsätzlich möglich, dass im Bürgerpark, im Park links der Weser oder auf öffentlichen Grünflächen Bäume auf Wunsch und Rechnung von Bürgerinnen und Bürgern gepflanzt werden. Diese Möglichkeiten sollen nach Ansicht des Senats weiterhin erhalten bleiben.

Ein Jubiläumswald kann aus Sicht des Senats zusätzlich ein geeignetes Instrument sein, um die Identifikation der Bremerinnen und Bremer mit ihrer Stadt zu verstärken. Der Senat ist grundsätzlich bereit, diese Idee aufzugreifen und eine Realisierung zu prüfen. Für diesen Zweck müssen geeignete Grundstücke gefunden und hergerichtet werden.

Folgende Voraussetzungen müssen bei der Gründung eines Jubiläumswaldes insbesondere erfüllt sein:

Erstens: Das Grundstück muss die für die Gründung eines Waldes erforderliche Mindestgröße von ein bis zwei Hektar aufweisen.

Zweitens: Das Grundstück muss aufgrund der dort geltenden Standortbedingungen und der landschaftsplanerischen Zielsetzungen für die Bepflanzung mit Bäumen geeignet sein.

Drittens: Das Grundstück muss sowohl für die Erschließung als auch für die weitere Unterhaltung und den Besuch durch Bürgerinnen und Bürger zugänglich und gut erreichbar sein.

Viertens: Das Grundstück muss planungsrechtlich gesichert werden.

Fünftens: Die Anpflanzungen müssen auf der Grundlage eines Gestaltungs- und Pflanzplanes erfolgen, der zuvor einvernehmlich abgestimmt werden muss.

Sechstens: Die dauerhafte Unterhaltung, Pflege und Gewährleistung der Verkehrssicherheit des Jubiläumswaldes ist monetär und organisatorisch vorab sicherzustellen.

Jubiläumswälder haben nur dann eine Aussicht auf größere Akzeptanz, wenn die Bürgerinnen und Bürger einen für sie erkennbaren direkten Bezug des Waldes zu ihrer Stadt und ihrem näheren Wohnumfeld erkennen können. Ein Jubiläumswald ist stets auch Ausdruck der besonderen Verbundenheit der Menschen mit ihrer Stadt und insbesondere den Stadtteilen.

Nach Ansicht des Senats wäre eine dezentrale Anlage von Jubiläumswäldern in den jeweiligen Stadtteilen geeigneter als eine einzige. Hier hätten die Spenderinnen und Spender der Bäume aufgrund ihrer emotionalen Bindung an ihr engeres Wohnumfeld einen direkten Bezug zu ihrem Jubiläumswald. Insbesondere auch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger und Familien mit Kindern könnten ihren stadtteilbezogenen Jubiläumswald leichter erreichen.

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Sondermüllverbrennung in Blumenthal**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir fragen den Senat:

Wie weit wird der Senat dafür Sorge tragen, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für die Eindampf- und Feuerungsanlage der BREWA/BBK, in der bis zu 100 Prozent besonders überwachsungsbedürftige externe Abfälle verbrannt werden sollen, eine Immissionsprognose der Schadstoffe erstellt wird?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Es gibt wegen der in diesem Fall geringen emittierten Mengen keine Rechtsgrundlage, um vom Betreiber eine Immissionsprognose der von der Eindampf- und Feuerungsanlage abgegebenen Stoffe zu fordern. Sie wird aber von den am Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden als Nachweis für die Umweltverträglichkeit für die Bürger für zweckmäßig gehalten. Es finden in Kürze Gespräche mit dem Betreiber statt, um mit ihm zu vereinbaren, eine Immissionsprognose als freiwillige Leistung zu erstellen und ihn von der Zweckmäßigkeit zu überzeugen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ihre Aussage, dass es keine rechtliche Notwendigkeit gibt, hier eine Immissionsprognose zu stellen, stimmt so nicht. Ich möchte darauf hinweisen, dass zwar die Massenströme, auf die Sie abheben, geringfügig sind, dass aber dies nur dann eine hinreichende Begründung ist, keine Immissionsprognose zu machen, wenn die Lage der Anlage sich anders darstellen würde, als es hier der Fall ist. Dadurch nämlich, dass in der Nähe Kindertagesstätten sind, dass in der Nähe ein Wasserschutzgebiet ist und dass sich in der Nähe Wohnbebauung befindet, müsste aus rechtlicher Sicht eine Immissionsprognose erstellt werden. Die Frage ist, Herr Senator, ob Sie in Anbetracht der Tatsache, dass Sie die zuständige Fachaufsicht für das Gewerbeaufsichtsamt sind, dieser Frage noch einmal nachgehen würden.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Ich gehe dieser Frage noch einmal nach. Ich bin überlege gerade, ob ich der zuständige Senator für die Gewerbeaufsicht bin. In diesem Fall, glaube ich, sind wir aus anderen Gründen betroffen, was die Genehmigung dieser Anlage betrifft. Ich will das vielleicht einmal etwas allgemeiner formulieren. Das ist ein sehr aufgeheiztes Thema, Frau Dr. Mathes, auch in Blumenthal. Deshalb, finde ich, ist es ganz wichtig, unabhängig von der rechtlichen Notwendigkeit, unsere Leute sagen dort einhellig, dass es keine rechtlichen Möglichkeiten gibt, dies entsprechend einzuordnen. Ich halte es aber politisch für notwendig, um insbesondere auch die Diskussion vor Ort zu versachlichen, dort den Anwohnern auch entsprechend aufzuzeigen, wie die Belastungen tatsächlich sind, diese Prognose zu erstellen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Antwort so zu sehen, dass wir dies mit dem Betreiber der Anlage

im Januar einvernehmlich klären wollen, eine solche Prognose zu erstellen, damit auch vor Ort dies entsprechend vermittelt werden kann. Deshalb hat, glaube ich, auch der Betreiber dieser Anlage ein großes Interesse daran, eine solche Prognose zu erstellen. Ich bin aber gern bereit, noch wiederholt zu prüfen, ob es eine rechtliche Notwendigkeit gibt. Dies ist allerdings bisher von allen Juristen in meinem Haus einvernehmlich abgelehnt worden. Ich will das aber gern noch einmal wiederholt prüfen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Kann ich jetzt davon ausgehen, dass so eine Missionsprognose erstellt wird, und bis wann sollte sie dann vorliegen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Wir hoffen, dass wir diese Gespräche kurzfristig mit dem Betreiber abschließen können, was diese Prognose betrifft, und dann gehe ich davon aus, dass bis Ende Januar/Mitte Februar diese Prognose auch vorliegen kann.

Präsident Weber: Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Ausbau Schwachhauser Heerstraße/Aufweitung Concordia-Tunnel**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Warum werden dem Beirat Schwachhausen die vorliegenden Daten der Verkehrszählungen und Verkehrsprognosen nicht vollständig zur Verfügung gestellt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt, vielleicht verbunden mit der Bitte, ob das Präsidium der Bürgerschaft vielleicht das nächste Mal ein anständi-

ges Podium besorgen kann, denn dieses Podium ist so niedlich, alle Redner nach mir werden das vielleicht feststellen, dass es doch schwierig ist, da entsprechend vortragen zu können, aber ich werde das weiter versuchen.

Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr hat im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens nach dem Personenbeförderungsgesetz für die Änderung der Straßenbahn Linie vier im Abschnitt Hollerallee/Concordia-Tunnel mit Datum 30. Oktober 2003 die Trägeranhörung eingeleitet. Die Frist für diesen Verfahrensschritt beträgt insgesamt drei Monate. Mit der Einleitung der Anhörung der Träger öffentlicher Belange wurden den Beteiligten die für das Verfahren erarbeiteten Planfeststellungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Diese beinhalten alle zur Beurteilung und Bewertung dieses Planfeststellungsabschnitts erforderlichen Erläuterungsberichte, Pläne und Daten, unter anderem auch Verkehrszählungs- und -prognosedaten. Demzufolge trifft es nicht zu, dass die Daten nicht vollständig zur Verfügung gestellt werden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ist es richtig - ich glaube, das war im Rahmen der Einweihung des jetzt gerade fertig gestellten Bauabschnittes bis zur Einmündung der Kurfürstenallee -, dass Sie im Rahmen dieser Einweihung dem Planer, der vom Beirat Schwachhausen beauftragt wurde, hier alternative Möglichkeiten zu entwickeln, zugesagt haben, dass er alle Daten bekommt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Es ist richtig, dass mich der Planer dort vor Ort angesprochen hat und ich mit ihm ein Gespräch hatte, in dem er mich gebeten hat, weitere Daten zu bekommen. Wir haben dies bei uns in der Behörde noch einmal geprüft und festgestellt, dass im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens der Träger öffentlicher Belange den jeweiligen Trägern die Daten, die für diesen Abschnitt auf der Hollerallee notwendig sind, um ihn auch beurteilen zu können, zugegangen sind und er dezidiert keine weiteren Anforderungen gemacht hat, ob er noch Plandaten haben möchte, die nicht direkt mit dieser Trägerbeteiligung im Verfahren sind. Insofern haben wir das noch einmal überprüft, aber es sind diese Daten entsprechend zugegangen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Tatsache ist doch, dass Daten, die in Ihrem Haus vorhanden sind, die auch der Fachmann, nämlich

dieser Planer, benötigen würde, um fundiert hier arbeiten zu können, nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Frage ist dahingehend: Warum verweigert eigentlich der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr die Herausgabe vorliegender Daten, die auch nach dem Umweltinformationsgesetz öffentlich zugänglich sein müssten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Darf ich darauf mit einer Gegenfrage antworten? Es würde mich dann interessieren, von welchen Daten Sie in diesem Fall ausgehen, die wir verheimlichen, liebe Frau Kollegin Dr. Mathes. Das muss ich auf das Schärfste zurückweisen!

Es gibt darüber hinaus Untersuchungen, und da müssen wir ein bisschen trennen. Es geht in diesem Fall um den Abschnitt Hollerallee bis Concordia-Tunnel. Dort sind die förmlichen Verfahren eingeleitet worden. Darüber hinaus haben wir in einem weiteren Abschnitt auch entsprechend, nämlich dann stadteinwärts, die Frage, wie wir zu Remberti entscheiden müssen. Da führen wir gerade eine Verkehrssimulation durch, die eventuell auch Auswirkungen auf den anderen Bereich haben könnte. Wenn diese Ergebnisse vorliegen, dann ist es natürlich überhaupt keine Frage, dass wir diese in den entsprechenden Gremien auch parlamentarisch behandeln, nur hat das mit dem jetzt eingeleiteten Verfahren, gerade juristisch, nichts zu tun.

Darüber habe ich auch mit dem Verkehrsplaner und auch mit der Bürgerinitiative vor Ort gesprochen. Vielleicht geht das jetzt an der einen oder anderen Stelle auch ein bisschen durcheinander. Es sind aber dort zwei verschiedene Abschnitte auf einer Straße. Der eine ist zwischen Hollerallee und Concordia-Tunnel, und der andere ist vom Concordia-Tunnel weiter stadteinwärts, und das sind zwei völlig unterschiedliche Schritte.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Auch wenn das unterschiedliche Schritte sind, so besteht doch die Frage des Datenzugangs hier ganz konkret, und ich bitte da auch um eine Antwort! Es gibt in Ihrem Hause Daten zur Verkehrszählung eben auch im weiteren Umfeld dieses Bereichs, was natürlich wichtig ist für die Frage, wohin sich nachher möglicherweise Verkehre entwickeln, wenn man keine Vierspurigkeit, sondern eine Zweispurigkeit macht. Warum ist es nicht möglich, diese Daten dem Beirat zur Verfügung zu stellen, obwohl das Umweltinformationsgesetz den freien Zugang zu solchen Informationen für die Öffentlichkeit verlangt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Ich habe die Frage gerade schon einmal beantwortet. Alle erforderlichen Daten im Rahmen dieser Trägerbeteiligung sind dem Beirat zur Verfügung gestellt. Sie schütteln mit dem Kopf! Auf dieser Basis werden überhaupt auch nur entsprechende Verfahren eingeleitet, Frau Kollegin Mathes! Wenn wir dieses Zahlenmaterial als Grundlage nicht hätten, würden entsprechende Schritte gar nicht eingeleitet werden, und die sind dem Beirat dann auch zugeschickt worden.

Sie haben in Ihrer Frage gerade selbst impliziert, dass es eventuell im weiteren Umfeld, so haben Sie die Frage gerade formuliert, noch weitere Verkehrszählungsdaten gibt. Die haben allerdings mit diesem Planverfahren nichts zu tun, und dies muss ich auch juristisch sauber trennen, weil ich sonst Möglichkeiten habe, später vor Verwaltungsgerichten auf der Nase zu landen. Das habe ich nicht vor. In diesem Fall, finde ich, haben Sie in Ihrer Frage gerade schon selbst impliziert, dass es wohl darum geht, im Umfeld noch weitere Daten zu haben, nur haben die mit diesem Planfeststellungsverfahren juristisch nichts zu tun.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nur, Herr Eckhoff, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Umweltinformationsgesetz mit dem Planverfahren im engeren Sinn zu tun hat, dass ich heute Morgen noch mit dem Beirat telefoniert habe, dass dieser diese Daten gern haben möchte und sie nicht bekommen hat! Das ist Fakt!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Herr Senator Eckhoff, die Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft und ich persönlich haben uns in den letzten Tagen intensiv mit dem Rednerpult auseinandergesetzt. Wir hatten drei Varianten in unterschiedlicher Höhe zur Auswahl. Da wir gefordert sind, auch für jede Körpergröße eines Mitglieds der Bremischen Bürgerschaft Sorge zu tragen, dass jeder ordentlich an einem Rednerpult stehen kann, haben wir uns letztendlich ohne Hinzunahme einer Fußbank - in Klammern gesprochen - für dieses Rednerpult entschieden.

Die Entscheidung für dieses Rednerpult wurde dadurch erleichtert, dass uns dieses Haus mitgeteilt hat, dass Bürgermeister Dr. Scherf gerade dieses Rednerpult bevorzugt.

(Heiterkeit)

Sollten Sie der Auffassung sein, dass das nicht geht, dann werden wir selbstverständlich morgen ein anderes Rednerpult hier vorn hinstellen.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Finanzierung von Fördermaßnahmen bei „Lese-Rechtschreib-Schwäche“ (LRS)**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Bartels, Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bartels!

Abg. **Bartels** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie werden Kinder mit diagnostizierter „Lese-Rechtschreib-Schwäche“ in Bremen zukünftig gefördert?

Zweitens: Welche Kriterien liegen einer Förderung zugrunde?

Drittens: Inwieweit beabsichtigt der Senat, die bisher ressortübergreifende Zusammenarbeit zu verändern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die schulische Förderung von Kindern mit einer Lese-Rechtschreib-Schwäche erfolgt an Bremer Schulen sowohl im Regelunterricht als auch durch differenzierte und den Problemlagen der Schülerinnen und Schüler entsprechende Fördermaßnahmen.

An 30 Grundschulen und zehn Schulzentren der Sekundarstufe I sind in Kooperation mit freien Trägern LRS-Förderkurse außerhalb des Unterrichtsvormittags eingerichtet worden. In diesen Kursen werden zurzeit zirka 320 Schülerinnen und Schüler der Grundschulen und zirka 240 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, Klassen fünf und sechs, gefördert.

Außerdem werden an 14 Grundschulen Leseintensivkurse durchgeführt, so dass Schülerinnen und Schüler schon nach dem ersten Schuljahr intensive Förderung außerhalb ihres regulären Klassenverbandes erhalten. Diese frühe Förderung ist erfolgreich angelaufen, zirka 330 Kinder erhalten pro Schuljahr diese spezielle Förderung.

Zu Frage zwei: Als förderbedürftig gelten Schülerinnen und Schüler, die dauerhaft keine ausrei-

chenden Leistungen im Lesen und/oder Schreiben erreichen, also den an ihre Altersgruppe gerichteten Anforderungen nicht genügen.

Über die Teilnahme an LRS-Kursen wird nach folgenden Kriterien entschieden: bestätigende Diagnostik durch die LRS-Beratungsstelle beim Senator für Bildung und Wissenschaft, dezidiertes Förderbericht und Förderplan der Schule.

Zu Frage drei: Die ressortübergreifende Zusammenarbeit wird wie folgt geregelt: Der Senator für Bildung ist zuständig für eine umfassende schulische Förderung, also auch für die Förderung der Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und Schreibens haben. Kindern, bei denen aufgrund der Teilleistungsschwäche eine seelische Behinderung vorhanden ist oder diese droht, können komplementäre Erziehungs- oder Eingliederungshilfe gewährt werden. Voraussetzung für die Gewährung dieser außerschulischen Förderung ist die zunächst vorrangige Erfüllung der Pflicht in der Schule.

Es ist gewährleistet, dass der Klärungsprozess zwischen den Ressorts nicht zum Abbruch laufender kriteriengerechter Förderung im Einzelfall führt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Bartels!

Abg. **Bartels** (CDU): Herr Senator, soll denn zukünftig etwas an den Kriterien für die Förderung von LRS geändert werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nein!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Das heißt dann auch, dass der Senat momentan nicht überprüft, dass LRS ausschließlich nur noch krankheitsbedingt gefördert wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nein!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Das heißt, es bleibt im Grunde genommen alles beim Alten, dass die Kinder, die heutzutage gefördert werden, zukünftig nicht durch das Raster fallen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist richtig, wir haben das allerdings, das können Sie auch, wenn Sie sich noch einmal die Antworten auf die Fragen genau anschauen, als eine klare Aufgabe des Bildungsressorts erkannt. Es kann nicht sein, dass das Sozialressort für Lese-Rechtschreib-Schwächen verantwortlich ist. Das ist eine Sache, die die Schule zu erledigen hat. Nur, wenn es zu diesen seelischen Konfliktlagen kommt, so wie ich es beschrieben habe, dann glauben wir, dass hier das Sozialressort uns beziehungsweise den Familien über die entsprechenden Programme zur Seite stehen soll. An der grundsätzlichen Verantwortung des Staates wird sich also nichts verändern.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rohmeyer! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, können Sie erklären oder es deuten, warum zurzeit sehr viele Eltern, deren Kinder LRS-Förderung erhalten, beunruhigt sind, dass diese Förderung Ende Januar auslaufen wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das kann ich mir erklären, weil sie ordnungsgemäß darauf hingewiesen worden sind, dass die bisher vom Sozialressort finanzierten Kurse auslaufen, und sie noch nicht rechtzeitig informiert worden sind, dass hier jetzt die Schule, das Bildungsressort dafür eintritt. Insofern kann es sein, dass die Eltern kurzfristig nicht genau informiert worden sind, wie es weitergeht.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, können Sie für die Zukunft sicherstellen, dass, wenn es Reibungsverluste durch die Zusammenarbeit zwischen zwei verschiedenen Ressorts gibt, darunter weder die Eltern noch die Schüler leiden, weil die große Verunsicherung doch dazu geführt hat, dass dort gerade viele Eltern Ängste bekommen haben, dass die notwendige Förderung nicht mehr stattfindet, weil sich hier anscheinend doch zwei Ressorts nicht rechtzeitig verständigen konnten? Können Sie so etwas für die Zukunft ausschließen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nein, das kann ich für die Zukunft nicht ausschließen, sondern ich kann mir allergrößte Mühe geben, das so zu koordinieren, dass die beiden Verwaltungen abgestimmt, zielorientiert mit den Eltern kommunizieren.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Pietrzok! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Lemke, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass es sich dabei nicht um Reibungsverluste zwischen den Ressorts handelt, sondern dass es sich um eine Umstellung des Verfahrens handelt und dass es dabei möglicherweise Schwierigkeiten gibt, das auch so mit denen, deren Kinder da Leistungen bekommen, zu kommunizieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich teile Ihre Auffassung.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Rohmeyer! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, teilen Sie meine Auffassung, dass es bei solchen Abstimmungsverfahren nicht sein kann, dass die Betroffenen darunter zu leiden haben, wenn die Verwaltung sich nicht einig ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Es hat Kommunikationsprobleme gegeben, die ich bedauere, aber solche Kommunikationsprobleme kann es in großen Systemen leider immer wieder geben. Wir geben uns große Mühe, sie möglichst auszuschließen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Teilen Sie trotzdem, Herr Senator, meine Auffassung, dass darunter die Betroffenen nicht zu leiden haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Die Betroffenen sollten nicht darunter zu leiden haben, diese Auffassung teile ich.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Unterbringung von Asylbewerber- und Flüchtlingsfamilien in der Kattenturmer Heerstraße**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Herderhorst, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Ersparnisse ergeben sich mit Auslaufen der bisherigen Mietverträge und durch die Neuun-

terbringung der Bewohner gegenüber der vorherigen Unterbringung in der Wohnanlage Kattenturmer Heerstraße?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Asylbewerber- und Flüchtlingsfamilien haben nach ihrem Auszug aus der Wohnanlage Kattenturmer Heerstraße überwiegend eigene Mietverträge abgeschlossen und sind in verschiedene Stadtteile Bremens verzogen.

Zur Ermittlung etwaiger Ersparnisse ist eine Prüfung beziehungsweise Einsichtnahme in die Einzelakten erforderlich, die in den verschiedenen Sozialzentren geführt werden. In der zur Verfügung stehenden Zeit war dies nicht möglich. Wegen der zwischenzeitlich eingetretenen Entspannung auf dem Wohnungsmarkt ist jedoch von niedrigeren Mietkosten auszugehen.

Dem bisher beauftragten Betreuungsverband wurden für das Jahr 2003 insgesamt 119.600 Euro für die Betreuung der Erwachsenen und Kinder bewilligt. Dieser Betrag entfällt für die Folgejahre. Es ist allerdings davon auszugehen, dass angesichts der Problemlagen einzelner Familien auch an den künftigen Wohnorten Kosten für soziale Dienstleistungen anfallen können. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, ist denn sichergestellt, dass die neue Unterbringung erheblich kostengünstiger ausfällt als die bisherige, bei der ein Reihenhaus dieser 20 Reihenhäuser in Kattenturm rund 1750 Euro pro Monat kostete, dass das erheblich darunter liegt? Kann ferner davon ausgegangen werden, dass die Unterbringung zukünftig nicht so konzentriert an einem Standort erfolgt, wie es in Kattenturm der Fall war?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Herr Herderhorst, davon können wir fest ausgehen. Sie wissen ja, das war damals das Investorenmodell. Das war eine ganz andere Situation, der Wohnungsmarkt war völlig angespannt, es gab kaum noch neuen Wohnraum. Deswegen hat man damals zu dieser Lösung greifen müssen. Das war eine Quadratmetermiete von 19,50 DM. Wenn Sie sich heute den

Wohnungsmarkt anschauen und sich die Miete vor Augen führen, was durch die Vermieter an Mietzahlungen erreicht werden kann, dann haben wir eine deutlich entspanntere Situation, was die Kostenseite betrifft, auch was die Unterbringungsmöglichkeiten betrifft. Von daher gehe ich davon aus, dass sichergestellt werden kann, dass deutliche Ersparnisse bei der Mietzahlung stattfinden.

Die weitere Frage, was die Unterbringung in diversen Stadtteilen betrifft, das hatten wir verabredet, dass eben diese Konzentration auf einen Bereich deutlich entmischt werden soll. Das dokumentiert sich auch in der Antwort, dass die Familien in verschiedenste Stadtteile gezogen sind.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Der Abschluss der Mietverträge, haben Sie gesagt, würde überwiegend von den Betroffenen selbst vorgenommen. Muss ich das so verstehen, dass sie selbst freie Hand haben, wo sie unterkommen, und das dann nachher beim Sozialamt anmelden, sofern sie da noch dem Sozialamt anheim fallen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Es gibt auch da Richtlinien. Sie können sich nicht auf dem freien Markt orientieren und nach oben hin offen Mietpreise vereinbaren, sondern da gibt es deutliche Werte, an die sich auch diese Familien halten müssen. Insofern ist das gewährleistet.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Krabbelgruppen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Schuster, Böhmssen und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie soll für die durch arbeitsmarktpolitische Veränderungen wegfallenden Betreuungskräfte, SAM- oder BSHG-19-Kräfte, für Krabbelgruppen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren Ersatz geschaffen werden?

Zweitens: Wann wird die Ersatzregelung zum Tragen kommen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Es ist richtig, dass in 2004 durch arbeitsmarktpolitische Veränderungen bisherige personelle Unterstützungsmöglichkeiten für so genannte Krabbelgruppen teilweise wegfallen. Es wird jedoch auch in 2004 wieder zum Einsatz von BSHG-19-Kräften in Krabbelgruppen kommen können, da dieses Programm zunächst fortgeführt wird. Darüber hinaus wird vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zurzeit ein Konzept zur personellen und qualitativen Ausstattung unter Heranziehung von Ressourcen aus dem Europäischen Sozialfonds, ESF, erarbeitet.

Zu Frage zwei: Eine pauschale Ersatzregelung kann es im Zusammenhang mit den arbeitsmarktpolitischen Veränderungen nicht geben. Eine finanzielle Förderung der notwendigen Personalausstattung der Gruppen soll jedoch zeitnah erfolgen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Ich verstehe Sie richtig, Frau Senatorin, dass Sie dafür Sorge tragen werden, dass trotz dieser arbeitsmarktpolitischen Veränderungen, die zum Teil stattfinden, die Arbeit der Krabbelgruppen durch anderweitige Förderung entsprechend gewährleistet bleibt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das ist unser Ziel. Wir sind auch mit dem Verband der Krabbelgruppen in sehr intensiven Gesprächen. Sie haben uns auch die Liste der Maßnahmen vorgelegt, die demnächst auslaufen. Wir sind jetzt in der Übergangsphase und haben demnächst die haushaltslose Zeit. Wir versuchen, die ESF-Mittel dafür zu bündeln. Das bedarf auch noch eines gewissen Konzeptes, eines gewissen konzeptionellen Herangehens. Wir haben verabredet, dass keine Gruppe wegbricht, das ist unser festes Ziel. Wir versuchen, das haben wir im Übrigen auch in diesem Jahr schon gemacht, für jede Gruppe, die ein aktuelles Problem hat, auch eine aktuelle Lösung zu finden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte und damit letzte Anfrage trägt den Titel „**Rote Welle für Fußgänger**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Gehört die Martinstraße in das Programm „grüne Welle“ für den motorisierten Verkehr? Welche Gründe gibt es für die Aufnahme beziehungsweise Nichtaufnahme?

Zweitens: Warum hält es der Senat für sinnvoll, dass für die Hauptfußgänger Verbindung von der Fußgängerzone Obernstraße zum Weserufer an der Schlachte die Ampelschaltung an der Pieperstraße derart lange Rotphasen aufweist?

Drittens: Wie schätzt der Senat die Situation ein, dass für Fußgänger nur auf Anforderung Grün geschaltet wird und nach längerer Wartezeit ohne dichten Autoverkehr zahlreiche Fußgänger die Straße bei Rot queren?

Ausnahmsweise möchte ich darum bitten, eine vierte Frage anschließen zu dürfen: Wie erklärt sich der Senat, dass einen Tag nach Eingehen unserer Fragestellung dieser unhaltbare Zustand wie durch ein Wunder abgeschaltet wurde?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins und zwei: Die Martinstraße gehört nicht in das Programm zur Verbesserung der grünen Welle. Die Nichtaufnahme begründet sich aus der bereits guten Abstimmung der Ampeln untereinander und aufgrund der besonderen Lage und komplexen Funktion der Martinstraße zur Innenstadterschließung. Die Länge der Rotphasen an der Fußgängerfurt Martinstraße in Höhe Pieperstraße liegt zwischen 72 und 90 Sekunden. Dies ist begründet durch das Verkehrsaufkommen und insbesondere durch die Sonderansteuerungen für die Linienbusfahrten, die dadurch priorisiert werden.

Die Grünzeitanforderung für Fußgänger wird in der Regel nur außerhalb der Hauptverkehrszeiten aktiviert, wenn - aufgrund der geringen Verkehrsdichte - mit kleinen Signalumlaufzeiten unter 80 Sekunden der Verkehr gesteuert werden kann. Bei Umlaufzeiten gleich oder größer 80 Sekunden werden die Fußgängergrünzeiten in jedem Umlauf einmal auch ohne Fußgängeranforderung eingebildet.

Zu Frage drei: Da die Akzeptanz einer Signalregelung durch zu lange Rotzeiten abnimmt, wird grundsätzlich versucht, durch geeignete verkehrsabhängige Steuerungen ein Optimum für die einzelnen zu regelnden Verkehrsströme zu erreichen. Bezüglich der langen Wartezeiten an der Fußgängerfurt Pieperstraße wird das Amt für Straßen und Verkehr aufgrund einer aktuellen Überprüfung und des gestiegenen Fußgängerverkehrs in diesem Bereich kurzfristig während der Hauptverkehrszeit eine für die Fußgänger günstigere Schaltung vorsehen. Es ist vorgesehen, dass die maximale Wartezeit für Fußgänger auf zirka 72 Sekunden begrenzt wird. Der Verkehrsfluss des motorisierten Individualverkehrs wird durch diese Maßnahme nicht beeinträchtigt.

Zu Frage vier, wenn ich Sie richtig verstanden habe! Diese kann ich jetzt nicht für den Senat, sondern nur für mich beantworten. Erstens, Frau Kollegin Krusche, wir gönnen natürlich auch den Grünen parlamentarische Erfolge. Zweitens, Frau Kollegin Krusche, wir haben natürlich besonders berücksichtigt, dass der Weg vom Abgeordnetenbüro der Grünen zur Bürgerschaft offensichtlich über diese Fußgängerfurt führt, und wir wollen nicht, dass Sie unnötig Wartezeiten auf sich nehmen müssen, um die parlamentarische Arbeit erledigen zu können.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Eher eine Kommentierung, wenn ich darf! Erstens bedanken wir uns für die prompte Erledigung. Wir hoffen, dass Sie auch mit anderen Anfragen der Grünen zukünftig so schnell und zügig umgehen. Zweitens möchte ich darauf hinweisen, dass nicht nur die Grünen diese Ampelfurt querem, sondern jede Menge Fußgängerinnen und Fußgänger, die die Schlachte erreichen wollen, und von daher geht es hier nicht nur um die Grünen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Nein, das wollte ich damit auch nicht sagen, Frau Kollegin Krusche. Es ist natürlich insbesondere dadurch entstanden, dass die Schlachte in den letzten Jahren deutlich attraktiver geworden ist und damit die Fußgängerverkehre über diese Furt auch deutlich zugenommen haben. Aber wenn der Nebeneffekt ist, dass die Grünen dadurch kürzere Arbeitswege haben, ist das sehr erfreulich für Sie.

Präsident Weber: Mit Beantwortung der siebten Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von der Abgeordneten Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur und die Vorteile des Outsourcings in der Bildungspolitik.

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Letzte Woche war viel los in Bremen. Es waren 8000 Leute am Donnerstag auf der Straße, um gegen die Pläne des Senats zum neuen Schulgesetz zu demonstrieren. Es war die größte bildungspolitische Demonstration, die wir seit Jahren erlebt haben.

Wir, Bündnis 90/Die Grünen, unterstützen die Leute, die auf die Straße gegangen sind, und zwar aus zwei Gründen. Einerseits haben sie die richtige Kritik an dem, was der Senat in der Schulstruktur plant, und andererseits zeigen diese 8000 Leute, dass sie eigene Vorstellungen von dem haben, wie Schule organisiert werden soll, was in Schule passieren soll. Jeder Bildungspolitiker, jede Bildungspolitikerin müsste eigentlich laut Hurra schreien, wenn 8000 Leute, die von Bildungspolitik konkret betroffen sind, auf die Straße gehen und sagen, so und so wollen wir es machen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

mit eigenen Konzepten, mit eigenen Vorstellungen, wie das System nach dem Pisa-Schock besser werden kann. Wir müssen diese Leute und die Lehrerinnen und Lehrer, die nach achteinhalb Jahren großer Koalition immer noch nicht resigniert haben, unterstützen.

Es gibt einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen dem, was die Leistungsträger in der Schule kritisieren, und dem, was hier heute auf der Tagesordnung steht, nämlich die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur, denn das Schulgesetz soll die äußere Struktur des Bildungswesens, wie es jetzt existiert, ganz erheblich ummodellieren, und das, was mit der GmbH passieren wird, ist nichts anderes, als dass die notwendige innere Strukturreform, die in der Schule passieren muss, verhindert wird.

Mit der Änderung des Schulgesetzes in einem Aftentempo soll eine Schulstruktur geschaffen werden, die Bremen bildungspolitisch zurück in die fünfziger Jahre katapultieren soll. Es sind doch keine blöden Leute, die aus dem Pisa-Schock folgende Konsequenz ziehen, zum Beispiel Johannes Beck. Wir müssen uns nicht an Bayern orientieren, wo eine optimale Sortierung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Schubladen, aus denen sie nie wieder herauskommen, vorgenommen wird, das zwar bundesweit Spitze ist, aber im internationalen Vergleich ziemlich mies dasteht. Wir müssen uns vielmehr an den skandinavischen Ländern orientieren, wo der Begriff eine Schule für alle kein linkes Schlagwort, sondern Konsens bei allen Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern ist, und zwar völlig zu Recht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die gemeinsame Unterrichtung aller Schülerinnen und Schüler, solange es geht, eine Forderung der Demonstration vom Donnerstag, muss unser Ziel sein. Wir wollen die bestmögliche Förderung jedes einzelnen Schülers und nicht die bestmögliche Sortierung in irgendwelche Schubladen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Kompromiss der Koalition mag zwar dazu führen, dass Kollege Rohmeyer in diesem Jahr unter dem Weihnachtsbaum besonders energisch tanzen kann, weiß er doch, dass es eben nicht der gerechte Kompromiss zwischen zwei bildungspolitischen Konzepten ist, wo dann beide gut miteinander leben können, denn die Arbeit in den integrierten Stadtteilschulen, also den Schulen, wo bei Pisa herausgekommen ist, dass das die Schulen sind, wo Schülerinnen und Schüler in Bremen am besten gefördert werden, die Arbeit in diesen integrierten Stadtteilschulen wird behindert, wenn ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler vorab aussortiert wird, wenn die auf das Gymnasium gehen. Es kann die integrierte Stadtteilschule nicht funktionieren neben einem gegliederten System, wo vor allen Dingen diejenigen, die leistungsstärker sind, andere Bildungsgänge wählen und dann in den Gesamtschulen fehlen, wo dann im Prinzip nur noch das stattfindet, was in den integrierten Haupt- und Realschulen stattfindet. Man könnte dann im Prinzip am Ende des Prozesses, den die große Koalition beschreibt, die Gesamtschulen bis auf ein paar wenige Ausnahmen auch in Sekundarschulen umbenennen.

Die äußere Struktur gibt vor, was die Möglichkeiten des Systems im Inneren sind. Das ergibt die äußere Struktur, und davon hängen die Möglichkeiten ab, was innen in der Schule passieren kann. Da ist der wichtige Dreh- und Angelpunkt für

die weitere Entwicklung die Frage, ob es gelingt, eine vernünftige Qualitätsentwicklung zu organisieren. Die Vereinbarung gemeinsamer Bildungsstandards auf Bundesebene, auf Ebene der Kultusministerkonferenz mag da vielleicht helfen, es ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber der notwendige Prozess in den Schulen wird dabei nicht beschrieben.

Qualitätsentwicklung kann und muss von außen angestoßen werden, aber auch eine noch so tolle Bildungsbehörde kann sie nicht selbst betreiben. Das muss vor Ort passieren. Ich will ein System, in dem in der Schule überlegt wird, was die Stärken, die Schwächen und die Messinstrumente sind, mit denen wir Qualität messen können, und was die Schritte sind, die daraus folgen müssen, wenn festgestellt wird, dass die Qualität nicht erreicht wird, die wir haben wollen. Dazu sind Schulen heute nicht in der Lage. Was sie brauchen, sind Unterstützungssysteme, zentral oder regional, das ist hier nicht die Frage, die die Schulen in diesem Prozess unterstützen.

Was wir aber vor allem mehr benötigen, das sind mehr Freiräume für die Schulen, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Wirklichkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzen, die Probleme vor Ort mit eigenen Mitteln selbst zu lösen.

Wenn jetzt mit der Einführung der neuen Bildungsinfrastruktur-Gesellschaft vorangeschritten wird, dann müssen wir uns genau anschauen, was dort eigentlich passiert. Das Erste, was passiert, ist, dass eine neue mittlere Führungsebene eingeführt wird. Überall, wohin wir auch in der Wirtschaft schauen, werden Hierarchien abgeflacht. In jedem Unternehmen fragt man sich: Benötigt man die mittlere Ebene überhaupt? Das, was wir hier machen, ist, genau diese mittlere Ebene einzuziehen.

Es wird für die Schulen künftig nicht mehr nur die Bildungsbehörde als Ansprechpartner übrig bleiben, sondern es wird zusätzlich eine Gesellschaft geben, mit der sie sich auseinandersetzen müssen. Es entsteht ein völlig neuer Steuerungsaufwand. Schulen, aber auch die Gesellschaft selbst werden vor lauter Controllingberichten überhaupt nicht mehr wissen, wo es langgeht. Wir sind nicht gegen Controllingberichte, das ist überhaupt nicht die Frage, aber es ist doch eine Frage der Struktur, ob zusätzlich Controllingberichte und all der Verwaltungsaufwand, der ganze Steuerungsauf-

wand neu produziert werden oder ob man sich gleich eine Struktur überlegt, in der solch ein interner Verwaltungsaufwand von vornherein vermieden wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird eine neue Struktur fest zementiert, die kein einziges der Probleme, die ich beschrieben habe, löst, sondern sie behindert die Lösung, denn in den nächsten Jahren werden sich die Schulen vor allen Dingen damit auseinander setzen müssen, wie sie mit dieser neuen GmbH zu recht kommen, anstatt sich vernünftig um Qualitätsentwicklung in ihrer eigenen Schule zu kümmern.

Ein Projekt, das immer wieder als Argument für diese Gesellschaft genannt wird, ist, dass künftig auch ein Bademeister Schwimmunterricht geben soll. Wollen wir einmal sehen, wie viele es denn tatsächlich werden! Die Frage ist doch: Benötigt man dafür diese GmbH, oder könnte man es auch anders organisieren? Es gibt jetzt doch bereits freie Träger, mit denen die Bildungsbehörde Verträge geschlossen hat. Es sind doch längst Leute, die nicht im öffentlichen Dienst sind, an Schulen tätig. Das ist doch auch eine vernünftige Entwicklung.

Wir als Grüne haben immer gesagt, dass, wenn sich Schule dem Stadtteil öffnet, der Gesellschaft öffnet, dann nicht mehr nur Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet bis zur Pensionierung in Schulen tätig sein dürfen, sondern dass da auch noch weitere Berufsgruppen einbezogen werden müssen. Das ist richtig, aber genau dafür braucht man diese Gesellschaft überhaupt nicht. Das hat man bislang anders organisieren können, dann geht es auch weiterhin.

Im Prinzip kann man diese Bildungsgesellschaft darauf reduzieren, dass es einen Finanztrick gibt. 25 Millionen Euro fehlen in 2004 und 2005 im Bildungshaushalt. Das haben wir in der Bildungsdeputation heute Morgen zur Kenntnis genommen. Das sind genau die 25 Millionen Euro, die dieser Gesellschaft als Startkapital zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich um nichts anderes als einen Finanzierungstrick, investive Mittel, für die Schulden aufgenommen werden dürfen, werden umgerubelt in konsumtive Mittel, sie werden nämlich tatsächlich für konsumtive Zwecke ausgegeben, aber sie stehen als Investitionen im Haushaltsplan. Das ist schlichtweg ein Trick! Wenn man den Fetisch hat, einen verfassungskonformen Haushalt zwar nicht haben zu wollen, aber ihn zumindest darstellen zu können,

(Abg. Pflugradt [CDU]: Das ist kein Fetisch!)

dann ist das vielleicht eine Notwendigkeit, aber das ist gerade nicht unser Ansatzpunkt.

Wir sagen, wir wollen Ehrlichkeit im Haushalt, wir wollen Transparenz im Haushalt, wir sind auch dafür, dass bei Bildung ein politischer Schwerpunkt gesetzt wird. Diese 25 Millionen Euro müssen dem konsumtiven Eckwert für Bildung hinzugefügt werden, das ist richtig, dafür stehen wir auch, aber diese Gesellschaft ist nichts anderes als ein Umrubelungstrick!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Glocke)

Wir fordern den Bildungssenator auf, im Interesse der Schülerinnen und Schüler weder die äußere noch die innere Struktur in die Richtung zu entwickeln, wie es geplant ist! Suchen Sie das Bündnis mit den Schülerinnen und Schülern, den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Leuten, die am letzten Donnerstag gezeigt haben, dass ihnen eine vernünftige Bildung etwas wert ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir Ende letzter Woche die Nachricht vom Antrag der Grünen für diese Aktuelle Stunde bekommen haben, da habe ich mir schon gedacht, da wird es eine substantielle Debatte geben, und die Grünen werden hier einen sachlichen Beitrag leisten, aber das war völlig am Thema vorbei! Nach Noten wäre das eine Sechsgewesen, Herr Kollege Köhler! In der Leistungsbeurteilung hätte ich gesagt, Sie haben sich bemüht, hier etwas aufzubauen, aber Ihr Ziel nicht erreicht. Das ist einfach der Versuch, noch einmal eine bildungspolitische Debatte in allgemeiner Form zu führen, die - -.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie auch Argumente, oder benoten Sie nur? Das ist eine Unverschämtheit! Das ist ein ganz mieser Stil!)

Frau Linnert, ich komme jetzt zu Argumenten, im Gegensatz zu Herrn Köhler, der hier nur allgemein gesagt hat, was an der Schulreform schlecht ist, der dabei aber völlig vergessen hat, dass wir in Bremen Grund haben, unser Schulsystem zu reformieren!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, dann reformieren Sie einmal!)

Die Koalition, Frau Linnert, hat deutlich gemacht, dass es hier um einen tief greifenden Prozess

geht. Das bedeutet erstens: Wir wollen den Unterricht verbessern. Dafür gibt es eine Reihe von Arbeitsaufträgen, von Maßnahmen, die zurzeit laufen. Das Zweite ist, dass wir die Struktur der Schulen ändern, meine Damen und Herren! Auch das ist ein weiterer Prozess. Der dritte Prozess ist dann die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur, die dafür sorgen soll, dass viele Prozesse, die heute noch umständlich laufen, in Zukunft effizienter laufen sollen, und auch hierzu gibt es zurzeit einen Prüfauftrag, meine Damen und Herren von den Grünen.

Ich hatte gedacht, dass Sie hier etwas konkreter werden, dass Sie vielleicht einmal sagen, was Sie wollen, aber Sie haben eigentlich gesagt, es soll so bleiben, wie es ist, es wäre ja alles super. Meine Damen und Herren, es ist nichts im bremischen Schulsystem super gewesen! Wir haben schlechte Pisa-Ergebnisse, und darum müssen wir hier einen Gesamtprozess beginnen, der einen Wandel herbeiführt, meine Damen und Herren!

Die Koalition hat beschlossen, dass wir hier eine Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur auf den Weg bringen wollen. Dazu ist eine Reihe von Prüfungen notwendig. Diese Prüfungen sind bis heute noch nicht abgeschlossen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Sie beschließen, ohne zu prüfen! Das ist ja interessant!)

Wir haben nichts beschlossen, Frau Linnert! Wir haben gesagt, wir lassen prüfen, wie so etwas aussehen soll. Dieser Prüfungsprozess läuft. Da ist das Finanzressort eingebunden, da ist das Bildungsressort eingebunden. Die CDU hat den Wunsch gehabt, dass der Rechnungshof frühzeitig eingebunden werden wird. Wir lassen natürlich auch noch Externe darauf schauen, was wir hier machen, weil wir schon die Erfahrung gemacht haben, dass man, wenn man es nur innerhalb bremischer Sicht macht, vielleicht doch nicht so gut wird.

Das Ziel muss doch sein, meine Damen und Herren, dass wir das bremische Schulsystem insgesamt verbessern. Das Ziel muss aber auch sein, dass wir hier die Schulen eigenständiger machen, Schulen müssen eigenständiger werden. Das ist kein Problem von Finnland oder Bayern. Bayern ist sehr viel weiter als Bremen, und Bayern ist auf einem Niveau, auf das wir erst einmal kommen müssen, Herr Kollege Köhler. Ohne Deutschland wäre Bayern unter den Top Ten der Pisa-Sieger.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Was?)

Von daher würde ich nicht immer so schlecht über diejenigen sprechen, die hier in Deutschland im Bildungsbereich hervorragende Leistungen gebracht haben, und immer nur auf andere Länder schauen. Der Bildungssenator selbst hat gesagt, man könne Finnland hier nicht einfach auf Bremen übertragen, also versuchen Sie es auch nicht, Herr Kollege Köhler, das bringt einfach nichts, weil die Fakten ganz andere sind und sich die gesellschaftlichen Systeme hier überhaupt nicht übertragen lassen!

Die Eigenständigkeit von Schule ist eine Frage, die ganz einfach an gewisse Kriterien gerichtet werden soll. Diese Kriterien bedeuten, dass, wenn man Schulen eigenständig macht - -

(Unruhe auf dem Besucherrang - Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, ich bitte die Zuhörerinnen und Zuhörer auf den hinteren Rängen, hier bitte keine Kundgebungen zu veranstalten! Nach der Geschäftsordnung ist Missbilligung oder Applaus von den Zuschauern nicht zulässig. Ich bitte Sie also, den Saal zu verlassen!

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 14.52 Uhr)

*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 14.53 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die Sitzung wieder.

Herr Kollege Rohmeyer, Sie können fortfahren!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir Schulen mehr Eigenständigkeit und mehr Selbständigkeit geben, wofür wir als CDU klar sind, dann bedeutet es aber auch, dass es klare Vorgaben geben muss. Dies bedeutet, wir brauchen Verbindlichkeit und Überprüfbarkeit von Lehrplaninhalten, wir brauchen eine Festsetzung von Erziehungszielen, wir brauchen definierte Aufgaben und Ziele der verschiedenen Bildungswege. Die Schulen und die Ergebnisse der Arbeit der Schulen müssen transparent evaluiert werden, und, meine Damen und Herren, wir brauchen überprüfbare und vergleichbare Standards für Schulabschlüsse durch zentrale Abschlussprüfungen.

Teile hiervon haben wir schon auf den Weg gebracht, bei einem Teil der formulierten Ziele sind wir als Koalition gerade dabei. Von daher, meine Damen und Herren, gehen wir hier in Bremen den

richtigen Weg. Nur, sich hier heute hinzustellen, wie die Grünen es getan haben, und erst einmal drei Viertel der Redezeit allgemeine Kritik am Bildungssystem oder an der Bildungspolitik der Koalition zu üben, ohne auf das Thema der Aktuellen Stunde einzugehen, war schon eine ziemliche Anmaßung, meine Damen und Herren!

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Die weiteren Punkte, die der Kollege Köhler genannt hat, waren so allgemein und auch nicht auf das Thema eingehend, dass ich schon sagen muss, dass ich sehr gespannt bin, wie Sie dann in der inhaltlichen Debatte, wenn wir später auch tatsächlich Vorlagen haben, damit umgehen. Ich hoffe, dass das dann etwas substantiierter sein wird.

Für heute bin ich schon der Auffassung, dass die Prüfaufträge, die erst einmal abzuarbeiten sind, abgearbeitet werden müssen und wir dann, wenn die Verwaltung ihre Arbeit gemacht hat, als Politik darauf auch entsprechend aufbauen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich den Stand der Beratungen vor Augen führt, dann scheint es doch angebracht zu sein, etwas größere Gelassenheit bei dem Thema zu haben.

Die geplante Gesellschaft, Herr Kollege Köhler, ist kein Kampfinstrument zur Durchsetzung einer Schulstruktur, sondern die geplante Gesellschaft ist ein Instrument, um in schwierigen Zeiten das von der Koalition vereinbarte Ziel, nämlich dass Bildung absolute Priorität hat, auch durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Finanztrick!)

Dieses Ziel werden wir übrigens ausdrücklich nicht aus den Augen verlieren, und da wird Ihnen auch Ihre Schwarzmalerei, Herr Kollege Köhler, oder ich spreche einmal alle Kolleginnen und Kollegen der Grünen an, nichts nützen. Ich komme darauf gleich noch zurück.

Die Koalition hat Grundlagen für die Erreichung des Ziels vereinbart. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus den Beschlüssen des Koalitionsausschusses vom 9.11.2003, dort wird gesagt: „Die Koalition begrüßt den Vorschlag des Senats, eine Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur als Pilotgesellschaft zu gründen.“ Zur Konkretisierung dieses Beschlusses sind wir im Moment in den Beratungen, die Parlamentarier übrigens nicht vornan, sondern vornan erst einmal die vorliegenden Ressorts, das Bildungsressort und das Finanzressort.

Es müssen die inhaltlichen, die haushaltsrechtlichen und die steuerrechtlichen Details genauso geklärt werden wie personalrechtliche, und das dauert eine Zeit. Dafür ist natürlich auch ein Blick von außen sinnvoll, und er kann notwendig sein. Das sage ich ganz ausdrücklich auch im Hinblick auf die Debatte, die wir im Haushaltsausschuss geführt haben. Ich finde es richtig, dass wir Parlamentarier diesen Prozess eng begleiten und auch die parlamentarische Kontrolle ernst nehmen, indem wir sagen, jeder einzelne Euro, der für externe Beratung notwendig ist, muss inhaltlich begründet werden, den beiden beteiligten parlamentarischen Gremien, also der Bildungsdeputation und dem Haushalts- und Finanzausschuss, zur Genehmigung vorgelegt werden. Das ist richtig, denn ich denke, wir müssen bei diesen Fragen auch sehen, dass wir unsere Verantwortung ernst nehmen. Auch die Frage der parlamentarischen Kontrolle und der parlamentarischen Steuerung spielt hierbei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wir werden darauf achten, dass die Gesellschaft sich nicht so selbständig macht, dass sie von uns nicht mehr gesteuert werden kann.

In der Gründung einer Gesellschaft liegen sicher Risiken. Das nehmen wir auch alle ernst, also nicht nur die Kolleginnen und Kollegen der Grünen haben das Privileg, darüber nachzudenken, ob ein Instrument richtig oder falsch ist. Ihre Alternative, Herr Köhler, habe ich wohl gehört und habe ich auch wohlwollend gehört, einfach einmal eben 25 Millionen Euro mehr auf den Eckwert, und das dauerhaft, sie geht allerdings an der Realität vorbei. Wenn man sich vielleicht einmal neben seine eigene Rolle stellt, ehrlich ist und die Haushaltssituation Bremens anschaut, übrigens auch die Ergebnisse der Pisa-Studie vielleicht nicht ganz so aufgeregt, sondern sachlich beurteilt, dann bin ich sicher, Herr Köhler, dass auch wir gemeinsam nicht zu ganz anderen Ergebnissen kommen würden.

Es sind Risiken darin, aber es sind auch Chancen. Diese Chancen müssen wir gestalten. Das haben wir uns vorgenommen. Es ist hier eben schon über erweiterte Autonomie und die größere Ver-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

antwortung der Schulen für das, was sie natürlich unter staatlicher Kontrolle tun, gesprochen worden. Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn ich das gehört habe, was Herr Köhler gesagt hat, was Herr Rohmeyer gesagt hat, sind wir ja eigentlich schon auf dem Weg zu einem finnischen Konsens, denn die größere Autonomie der Schulen scheint hier im hohen Hause doch sehr mehrheitsfähig zu sein.

Genauso die Verbesserung der Qualität, auch hier treffen sich alle drei Fraktionen! Die Qualität muss kontrolliert werden, und wenn ich Kontrolle sage, dann meine ich auch Kontrolle. Es muss geschaut werden, was beim Schulbetrieb herauskommt, denn wir haben die Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen und dafür, sie fit zu machen zu bestehen. Das heißt also, ich sehe da gar nicht so schwarz, Herr Köhler. Aller Anfang ist schwer, aber jedes Ziel erreicht man mit dem ersten Schritt. Das haben wir ja von den Chinesen gelernt.

Kommunikation ist sicher ein ganz wichtiges Instrument. Sicher können wir die Kommunikation auch noch verbessern. Entscheidungen über die Bildungsinfrastrukturgesellschaft fallen hier im Rahmen der Haushaltsberatungen im Parlament. Ich erwarte natürlich, wie alle hier im Hause, dass bis dahin offene Fragen geklärt werden.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen. Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, ich erinnere mich sehr gut an heftige Debatten bei der Einführung der verlässlichen Grundschule, da haben Sie die schwärzesten Farben an die parlamentarische Wand gemalt. Eben haben wir gehört, zurück in die fünfziger Jahre, alles wird schlechter. Heute möchte niemand mehr auf die verlässliche Grundschule verzichten. 84 Prozent an freiwilligen Anmeldungen sprechen dafür. Das zeigt doch deutlich, dass wir auch der Entwicklung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur eine faire Chance geben müssen. Herr Köhler, Sie werden es nicht schaffen, diese Gesellschaft von Anfang an schlecht zu reden und damit dafür zu sorgen, dass wir dieses Instrument nicht gestalten, sondern ich gehe davon aus, dass wir nach sorgfältiger Erarbeitung zu einer anderen Bewertung kommen als die, die heute zu Beginn der Debatte hier angeklungen ist. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion, die wir

heute führen, hält sich vielleicht nicht ganz so klar an die Bildungs-GmbH, sondern sie durchmengt das Thema mit der Tagesaktualität. Das ist auch nicht schlimm, darauf können wir auch gern eingehen. Deshalb werde ich mich nicht ausschließlich auf die Bildungs-GmbH beziehen, sondern ich gehe auf das ein, was Herr Köhler und dann anschließend auch Herr Rohmeyer gesagt haben.

Meine Damen und Herren, die Pisa-Ergebnisse in Bremen sind, da sind wir alle einer Meinung, absolut unbefriedigend. Dennoch muss ich Herrn Rohmeyer heftig widersprechen, wenn er sagt, nichts ist super an Bremer Schulen. Das ist nicht richtig, lieber Herr Rohmeyer!

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht haben Sie sich auch eben versprochen. Es gibt unglaublich viele tolle Kollegien, Schulen, Leistungen in verschiedenen Bereichen, die Sie eigentlich kennen müssten, so dass Sie sich hier vielleicht etwas versprochen haben. Es gibt ausgesprochen gute Projekte an Bremer Schulen, auf die wir insgesamt auch stolz sein können und von denen wir auch immer wieder Kenntnis nehmen. Dennoch ist die Tendenz richtig zu sagen, das, was insgesamt an Leistungen herauskommt, ist absolut unbefriedigend. Da bin ich an Ihrer Seite, aber schon in dieser differenzierten Form.

Wenn wir uns jetzt die Leistungen anschauen, die mangelhafte Ausbildungsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler, wenn sie die zehnte Klasse absolvieren, oder auch wenn sie ein Abitur zustande bringen, das nicht den Vergleich mit dem Abitur anderer Bundesländer aushält, dann muss es uns betroffen machen. Dann müssen wir es alle als einen gemeinsamen Auftrag ansehen, diesen Leistungsunterschied zwischen den einzelnen Bundesländern, ja sogar zwischen den einzelnen Großstädten aufzuheben, denn es ist ja nicht nur eine Frage Schleswig-Holstein und Bremen, sondern bitte schön die Frage, wie sieht es denn zwischen Bremen, Hamburg, München und Berlin aus. Auch da sind unsere Ergebnisse leider nicht so gut, dass wir sagen können, es ist kein Problem, im Großstadtvergleich stehen wir gut da.

Wenn das Konsens ist, und ich habe eigentlich in den drei Debattenbeiträgen in dieser Frage keinen Dissens gesehen, dann muss die Frage gestattet sein, wie wir, ohne wieder in die ideologischen Grabenkämpfe der sechziger, siebziger Jahre zu verfallen, es den Eltern überlassen können, zu welcher Bildungseinrichtung sie ihre Kinder schicken. Ist es der richtige Weg, die Kinder zur Gesamtschule zu schicken, so haben wir dieses Angebot gerade in der Strukturdebatte jetzt in der Anzahl der Schülerinnen und Schüler fast verdrop-

pelt. Wir haben das gymnasiale Angebot, so wie es in fast allen Bundesländern üblich und anwählbar ist für die Menschen in anderen Bundesländern, und wir haben, wo die Erziehungswissenschaftler sagen, dass es ausgesprochen klug ist, die Verkopplung der Haupt- und Realschule in eine Sekundarschule vorgenommen.

Ich glaube, dass die Eltern sehr wohl entscheiden werden und die Schulen sich eine Menge Mühe geben werden, attraktiv für die Eltern zu sein, mit besonders guten Leistungen die Schülerinnen und Schüler in die Schulen zu holen. Ich habe keine Angst um die Gesamtschulen in ihrem Wettbewerb, da wir sie auch ausdrücklich damit ausstatten, dass sie besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler vorab aufnehmen können. Das war bisher nicht der Fall, dass hier die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler vorab ein Vorrangrecht, einen Vorzug haben vor den Schülerinnen und Schülern, die eher problembehaftet sind. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, um starke Gesamtschulen auch am Leben zu halten und sie nicht von vornherein in eine Schräglage im Wettbewerb zu bringen. Das ist der qualitative Bereich.

Jetzt kommt der andere erschreckende Bereich. Wie Sie alle wissen, geben wir unverhältnismäßig viel Geld aus für dieses Schulsystem mit den hier geschilderten Ergebnissen. Da muss es erlaubt sein zu sagen, angesichts der dramatischen Haushaltsnotlage in unserer Stadt, das war praktisch der Kompromiss, dem wir im Senat nach dem Koalitionsausschuss zugestimmt haben, ja, wohl, es bleibt bei einer Priorität für Bildung und Wissenschaft. Ganz klare Priorität unserer zukünftigen Senatsarbeit nach wie vor!

Angesichts der dramatischen Haushaltsnotlage aber muss auch der Bildungssenator bereit sein, darüber nachzudenken, wie er dieses zu teure System effizienter gestalten kann. Wie kann ich ansonsten mit den Senatskollegen über Einsparungen in deren Bereichen diskutieren, wenn sie mir nachweisen, dass wir, ich glaube, nach Hamburg, das zweitteuerste System haben? Das mag sich übrigens nach den neuesten statistischen Angaben etwas verändert haben, weil wir in den letzten vier Jahren an vielen Stellen effizienter gearbeitet haben, als das vorher der Fall war. Ich bin neugierig auf die neuen Statistiken, aber selbst wenn wir dann an vierter oder fünfter Stelle liegen würden, erkenne ich immer noch viele Punkte, wo wir sagen können, hier können wir besser und effizienter arbeiten.

Es gibt übrigens eine Vielzahl von Bereichen, Herr Köhler hat einen genannt. Das ist eigentlich mein Lieblingsprojekt, wo ich sage, wir können 40 Prozent sparen, wenn die Schwimmstunden für die

Drittklässler nicht mehr ausschließlich durch wissenschaftlich ausgebildete Lehrer ausgeführt werden, sondern wenn wir das eben durch die Gesellschaft für öffentliche Bäder durchführen lassen. Die Quote derjenigen Drittklässler, die es geschafft haben, schwimmen zu lernen, hat sich von 79 auf 85 Prozent gesteigert. Ich kann niemanden finden, der sagt, lieber Senator Lemke, das ist ein falscher Weg. Das ist meines Erachtens ein richtiger Weg, dass wir zu einer deutlichen Effizienzsteigerung im Schwimmenlernen kommen und gleichzeitig 40 Prozent der Kosten sparen. Ähnliche Dinge kann ich mir auch in anderen Momenten des Schulalltages vorstellen.

Ich habe eine Schule kennen gelernt, da hat eine Lehrerin Entlastungsstunden bekommen, weil sie morgens um viertel nach sieben die Schule abgeschlossen hat. Das ist kein Spaß, sondern Schulalltag. Sicherlich nur eine Momentaufnahme, aber da frage ich, warum ich es nicht über eine starke Autonomie der Schulen organisieren kann, dass solche Aufgaben von anderen Personen im Personalmix, ähnlich erfolgreich, wie wir es in der verlässlichen Grundschule gemacht haben, übernommen werden. Warum ist es nicht möglich, wenn wir textiles Gestalten oder Werken unterrichten, wenn es notwendig ist, die Klasse zu teilen - ich gestehe es ein, textiles Gestalten oder Werken mit 28 oder 30 Schülern zu machen ist schlichtweg unmöglich -, unter der pädagogischen Aufsicht des wissenschaftlich ausgebildeten Lehrers einen Bootsbauer, so wie ich es wunderbar an der Kinderschule an der Schwachhauser Heerstraße gesehen habe, für den Werkunterricht einzusetzen, ohne Gesellschaft mit einer starken Autonomie an der Stelle? Warum ist es nicht der richtige Weg, darüber nachzudenken, inwieweit wir hier das für mich zu teure Bremer Schulsystem effizienter gestalten, ohne dass wir dadurch Qualitätseinbrüche erfahren? Das ist natürlich die Maßlatte, an der wir uns orientieren müssen. In diesem Bereich, meine Damen und Herren, gibt es vielfältige Möglichkeiten.

Ich bekomme immer wieder Klagen darüber, dass mich Elternvereine mit der Tatsache konfrontieren, lieber Willi Lemke, wir sind aufgefordert, Verträge abzuschließen mit allen steuerrechtlichen Konsequenzen, mit Personen, die jetzt in der Schule arbeiten und die das, was Sie hier vorhaben, umsetzen. Dann sage ich, es kann doch nicht angehen, dass wir ernsthaft von den Elternvereinen verlangen, dass sie mit Einzelpersonen Verträge abschließen und immer große Sorgen haben, ob das, was sie dort machen, steuerrechtlich alles richtig bedacht ist, und mir andererseits die Behörde sagt, wenn wir es denn machen, bekommen wir sofort Klagen, dass sich diese Personen in den öffentlichen Dienst einklagen, obwohl

wir diese Aufgaben möglicherweise nur ein, zwei oder drei, vier Jahre benötigen.

Ich habe jeweils einen Vertrag, um bei dem Beispiel der Gesellschaft für öffentliche Bäder zu bleiben, den schließe ich über ein Jahr mit der Gesellschaft ab. Im Augenblick mache ich das noch über die Behörde, beabsichtige aber ähnliche Modelle, um die Schulen und Schulvereine in die GmbH zu entlasten, um dort nicht unter den Bestimmungen und Anordnungen der Erlasse des öffentlichen Dienstes zu arbeiten, sondern wesentlich flexibler und damit effizienter arbeiten zu können, letztendlich im Interesse der Schülerinnen und Schüler, aber natürlich auch im Interesse der Schulleitungen und der Kollegien zu arbeiten. Dies wird unweigerlich dazu führen, das ist der Kontrakt, den wir eingegangen sind, indem wir diese finanzpolitische Konstruktion im Senat gefunden haben, dass wir sagen, wir bekommen jetzt etwas mehr und müssen dies aber in Raten von 1,8 Prozent des konsumtiven Bereiches aufbauen, um das damit dann mittel- und fast langfristig, etwa über zehn Jahre, wieder auf ein Niveau zu bringen. Ich glaube, es ist zu schaffen!

Es wird natürlich nicht von den Berufsschulen erwartet, dass dieses Geld eingespart wird, sondern es wird durch vielfältigste Prozesse gelingen, dies zu erreichen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir es schaffen, wenn wir die Autonomie der Schulen stärken. Deshalb haben wir uns gesagt, die Berufsschulen, die eigentlich am stärksten und am besten dazu in der Lage sind, sollen zuerst mit uns kooperieren. Sie haben größte Bedenken angemeldet, weil sie dachten, oh weh, jetzt bekommen wir nicht mehr unsere verbeamteten Lehrer, oder wir müssen die acht Millionen, die einzusparen sind, innerhalb kürzester Zeit erbringen. Das ist überhaupt nicht so geplant, sondern im Gegenteil, wir glauben, dass die Berufsschulen die Schulen sind, die am stärksten fortgeschritten sind in ihren Autonomiebestrebungen.

Wir wollen, wenn wir Standards setzen - und Sie haben ja mitbekommen, dass wir dabei sind über die KMK, bundesweit Standards zu setzen -, dass die Ziele der Schulen definiert sind. Wir wissen doch, dass es in den Schulen viele Bedenken gibt, dass wir jetzt miteinander vergleichen. Wir haben das zum Beispiel jetzt seit zwei Jahren an den Grundschulen gemacht und das erste Mal auch in den zehnten Klassen, dass wir Vergleichsarbeiten haben. Es ist keine Schule in ihrem Ansehen geschädigt worden, weil die Ergebnisse möglicherweise nicht so gut ausgefallen sind wie in der Nachbarschule, sondern wir haben es sehr diskret in den Schulen, so wie Herr Köhler es gefordert hat, diskutiert.

Wir fordern, diesen Qualitätsprozess in die Schulen hineinzubringen, aber dazu brauchen sie Vorgaben, sie müssen Standards haben, sie müssen auch Aufgaben zur Verfügung gestellt bekommen, damit nicht jede einzelne Schule dies erarbeiten muss. Ein ganz wichtiger Prozess, wobei wir die Schulen aber unterstützen müssen! Im Prinzip haben Sie das eben auch in Ihrem Beitrag gefordert, Herr Köhler, ich habe es mir jedenfalls extra rotiert. Dabei müssen wir die Schulen unterstützen, aber sie brauchen auf diesem Weg hin zu einer Qualitätsverbesserung - -.

(Zuruf des Abg. Köhler [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie haben vorhin das Beispiel gebracht, dass wir den Qualitätsprozess fördern müssen, deshalb will ich Ihnen darauf auch antworten. Das war eben kein Tadel für Ihre Rede, sondern das war ein Lob, Herr Köhler, dass Sie nämlich richtig gesagt haben, wir brauchen einen verbesserten Unterricht, eine stärkere Qualitätskontrolle an den Schulen. Dafür müssen wir aber auch die Schulen entsprechend stärken. Das ist eine Aufgabe. Das ist eine Führungs- und Lenkungsaufgabe der Behörde. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es absolut klüger ist bei dezentralen Dingen, die besser in den Schulen in Verbindung mit einer GmbH zu leisten sind als mit der Behörde.

Ich will es Ihnen auch noch einmal an einem plastischen Beispiel klarmachen: Wir haben Schulen mittlerweile mit Musikprofilen ausgestattet, eine sehr schöne Geschichte. Wer das einmal live vor Ort erleben möchte, geht zum Beispiel in das Schulzentrum Sebaldsbrück und schaut sich die dortigen Orchesterklassen an, die langsam hochwachsen - ich glaube, sie sind mittlerweile in der achten Klasse -, wie dort ein Musikprofil eine ganze Schule unglaublich mit Glanz ausweist. Hier habe ich mich bemüht, dies in die Grundschulen auszuweiten und zu versuchen, in den Grundschulen die Basis für dieses Musikprofil zu schaffen, um das in der ganzen Stadt auszuweiten.

Ich habe dann darum gebeten, dass wir das mit der Musikschule machen, einen Kontrakt zwischen der Bildungsbehörde und der Musikschule. Leider ist es nicht möglich gewesen. Wissen Sie warum, Herr Köhler? Weil mir gesagt worden ist, wenn die Behörde hier einen Vertrag mit der Musikschule macht, werden wir unmittelbar anschließend mit Klagen überzogen, so wie ich es vorhin schon angedeutet habe, weil diese Lehrerinnen und Lehrer sagen, wir sind hier an der Schule, wir sind als Lehrer eingesetzt, und wir verklagen das Land Bremen auf sofortige Einstellung und Bezahlung als A-13-Beamte. Deswegen konnten wir diese vernünftige Idee, dort Ressourcen einzukaufen,

um sie an unseren Grundschulen und Sek-I-Schulen einzusetzen, nicht realisieren.

Etwas anderes ist es, wenn wir eine Gesellschaft gründen und sagen: Liebe Gesellschaft, ihr bekommt im Rahmen ganz bestimmter Vorgaben - der Standarderreichungen in Absprache mit den Schulen - ein Budget, und dieses Budget wird auf die Schulen verteilt, und ihr seht zu, dass ihr die Leistungen sowohl sächlich als auch personell einkauft.

Ein Lehrmeister, der nur zehn Stunden den Unterricht begleitet, Unterweisungen vornimmt, muss nicht unbedingt eine Vollzeitstelle bekommen. Da kann ich mich an die Innung wenden und sagen: Hört einmal zu, habt ihr einen Schlachtermeister, der Ausbildungserfahrung hat, und können wir den für die Unterweisung in die Schule X oder Y geben? Im Augenblick wird es nicht praktiziert. Im Augenblick werden diese zehn Stunden durch eine Vollzeitstelle abgedeckt. Überlegen Sie sich aber einmal den Effizienzverlust, der dadurch zustande kommt, dass wir dies für zehn Stunden einkaufen! Das ist ein ganz klares, weiteres kleines Beispiel dafür, dass es höchste Zeit ist, dies zu durchforsten und zu überprüfen, was wir effizienter gestalten können, damit wir die Kosten, die unverhältnismäßig hoch in Bremen sind, senken können.

Nun hat sich Herr Köhler zum Schluss ganz klar zum Personalmix bekannt. Das finde ich auch ausgesprochen positiv, das war einmal bei der Einführung der verlässlichen Grundschule noch ganz anders, noch viel umstrittener. Jetzt sagen Sie ja zum Personalmix, das finde ich absolut positiv. Sie haben sich außerdem für die Position des Senats ausgesprochen, einen ganz klaren Schwerpunkt für Bildung zu setzen, und ich höre natürlich auch gern, wenn Sie sagen, ich als Parlamentarier möchte ihnen lieber die Mittel, die sie dringend und nötig brauchen, um ihre Hausaufgaben zu machen, über die Rahmeneckwerte geben. Das ist aber leider nicht möglich.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch!)

Das können wir nicht!

Wir haben uns vorgenommen, dem Parlament einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Wir haben unsere Hausaufgaben mit allen Mühen und Nöten geschafft, und es ist jetzt keine leichte Aufgabe für uns. Deshalb können wir noch nicht auf alle Fragen antworten. Das gilt auch für die CDU-Fraktion. Herr Kastendiek hat uns einen 16 Punkte umfassenden Brief geschrieben, den ich nur zum Teil schon jetzt detailliert beantworten

kann. Wir planen die Gründung der GmbH im Juni/Juli/August. Bis dahin müssen alle Fragen beantwortet werden, um dann die ersten vier Millionen, ich denke, im Rahmen von Betreuungsgeschichten den Ganztagschulen, den verlässlichen Grundschulen und anderen Projekten zu geben.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wir haben im Augenblick eine ganz schwierige Situation. Mir ist die Demonstration auch aufgefallen, und ich habe in den letzten 14 Tagen eine Menge nachzudenken gehabt. Meine Schlussfolgerungen sind nicht ganz identisch mit Ihren, das ist ja eigentlich auch kein Wunder. Ich denke aber, wir müssen den Schulen sagen, ihr müsst euch stärker als bisher Ziele setzen, die von uns definierten Standards einhalten, guten Unterricht geben, und wir müssen verstärkt schauen, dass die Schulen sich intern und extern dabei überprüfen.

Jetzt kommt etwas ganz Wichtiges: Wir müssen besser als bisher, besser, als es die Orientierungsstufe geschafft hat, den schwächeren Schüler viel früher diagnostizieren, so wie wir es zum Beispiel jetzt schon im Kindergarten gemeinsam mit der Kollegin Röpke begonnen haben, verstärkt dann fördern, so wie ich es Ihnen vorhin in der Fragestunde berichtet habe über die 330 - Sie erinnern sich - Kinder, die wir in Leseintensivkursen haben, bis hin zu den Dingen, die nachher letztendlich dazu führen, dass die Schülerinnen und Schüler nicht die Schule verweigern, sondern mit Freude zur Schule gehen, weil sie in unseren Schulen willkommen sind.

Genauso muss ich, Herr Rohmeyer, den starken Schüler fordern und ihm zusätzliche Angebote geben. Das können wir, glaube ich, besser mit dem jetzigen System, wo jedes Elternpaar entscheiden kann, wohin es das Kind gibt. Ob die Gesamtschule das richtige Angebot für die Kinder ist, das Gymnasium oder die Sekundarschule, das sollen die Eltern entscheiden. Das Entscheidende ist aber, dass sie einen guten Unterricht erfahren. Das ist zehnmal besser als die Schulstrukturdebatte. Darauf müssen wir achten,

(Beifall bei der SPD)

und ich bitte Sie recht herzlich, mich dabei weiterhin zu unterstützen! - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es handelt sich

bei dieser Gesellschaft um einen Finanzierungstrick. Es werden Mittel umgerubelt von investiven - so, wie es im Haushalt dann ausgegeben wird - in konsumtive Mittel, wofür sie real ausgegeben werden. Wenn Sie diesen Fetisch verfassungskonformer Haushalt hochhalten, ist das sicherlich eine notwendige Konsequenz, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Wenn aber die Konsequenz, die Sie daraus ziehen, ist - diese 25 Millionen für Bildung, die wollen wir alle, das ist, glaube ich, unumstritten -, dass neue Steuerungsprobleme entstehen, und auch, mit Verlaub gesagt, Herr Senator, Ihre Rede hat mich nicht überzeugt, dass diese Steuerungsprobleme durch Einziehen einer weiteren Verwaltungsebene nicht entstehen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

wenn das die Konsequenz ist, um einen verfassungskonformen Haushalt darstellen zu können, wenn die Konsequenz daraus ist, dass die Struktur im Bildungsbereich schlecht gemacht wird und am Ende schlechter dasteht als jetzt, dann ist das ein Problem.

Mein Vorschlag zur Frage, wie eine vernünftige Bildungsbehörde aussehen sollte, ist deutlich: eine kleine strategische Einheit zur Steuerung der Strategie im Bildungswesen! Dafür braucht man viel weniger Leute, als jetzt in der Behörde tätig sind, regionale, von mir aus auch in bestimmten Bereichen zentrale Unterstützungssysteme, wo die Schulen autonom vor Ort entscheiden können, wir brauchen dies, das und jenes an Beratung, an externen Ressourcen und so weiter. Ein Großteil der Leute, die zurzeit in der Bildungsbehörde beschäftigt sind, kann zurück in den Unterricht gehen, und das wäre, glaube ich, der beste Effizienzgewinn, den man sich im Bildungssystem vorstellen kann. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Elftes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. November 2003
(Drucksache 16/46 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Elfte Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahlausschüsse für die Wahl der Schöffen und Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2005, 2006, 2007 und 2008

Mitteilung des Senats vom 18. November 2003
(Drucksache 16/47 S)

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Ich weise darauf hin, dass auch hier wieder eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich ist.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 1205 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen

- Am Heidbergstift
- Im Ruschdahl
- Zum Rusch (beidseitig)
- Hinterm Halm (beidseitig)
- Bundesautobahn A 270

Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 2003
(Drucksache 16/49 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1205 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2280 für ein Gebiet in Bremen-Mitte und Bremen-Häfen zwischen Doventor, Stephaniwall (einschließlich), Faulenstraße, Vor dem Stephanitor, Stephanibrücke Abfahrt und Zufahrt (einschließlich), Auf der Muggenburg (einschließlich und zum Teil beiderseits), Stephanikirchenweide (zum Teil einschließlich), Hoerneckestraße (zum Teil einschließlich), Europahafen, Konsul-Smidt-Straße (zum Teil beiderseits), Lloydtor (zum Teil einschließlich), Korffsdeich, Gleisanlagen der Hafensbahn und Stephanibrücke Ost Zufahrt (einschließlich)
Mitteilung des Senats vom 9. Dezember 2003
(Drucksache 16/51 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2280 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7 vom 9. Dezember 2003
(Drucksache 16/53 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir heute am Ende der Tagesordnung angelangt.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 15.28 Uhr)